

„Sie haben uns komplett vergessen.“ Sorglosigkeit und Füreinander-Sorge-Tragen in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie

Huke, Nikolai

2023

<https://doi.org/10.25595/4427>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Huke, Nikolai: „*Sie haben uns komplett vergessen.*“ *Sorglosigkeit und Füreinander-Sorge-Tragen in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 32 (2023) Nr. 1, 54–69. DOI: <https://doi.org/10.25595/4427>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i1.05>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

„Sie haben uns komplett vergessen.“ Sorglosigkeit und Füreinander-Sorge-Tragen in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie

NIKOLAI HUKÉ

Einleitung

Die Corona-Pandemie, so eine in der sozialwissenschaftlichen Forschung häufig formulierte These, wirft ein besonderes Licht auf gesellschaftliche (Ungleichheits-)Verhältnisse. Einige sehen in ihr ein „Brennglas“, durch das „die ungleiche Anerkennbarkeit (...) menschlichen Lebens offenbar (wird)“ (Wimbauer/Motakef 2021, 166). Andere beschreiben ihren Effekt als „Röntgenstrahl (...), durch den existierende soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten offengelegt werden“ (Schöningh 2020) oder als „Scheinwerfer, der ein helles Licht auf seit langem bestehende strukturelle Probleme und Missstände wirft“ (Schilliger/Schwiter/Steiner 2022, 3, Übers. d. Verf.). Etwas skeptischer ist demgegenüber das Bild einer „starke(n) Taschenlampe“, die sich durch einen „abgedunkelten Raum“ bewegt: „Plötzlich erscheint etwas in einem grellen Licht, während der Rest um so mehr in Dunkelheit getaucht wird“ (Birke 2020, 137f.). Im Licht der Pandemie zeigt sich, so die These, dass „wir zwar alle verletzbar“ sind, „aber je nach Alter, körperlicher und psychischer Verfassung, Geschlecht, sozialer Herkunft, Aufenthaltsstatus und Rassismusbetroffenheit, Sorgeverantwortung, Erwerbsstatus, Beschäftigungsform, Berufsbranche und vielem anderen mehr auf unterschiedliche Weise“ (Wimbauer/Motakef 2021, 166).

Sammelunterkünfte für Geflüchtete gelten als eines der prägnantesten Beispiele der sozial ungleichen Verletzbarkeit im Kontext der Pandemie (Bhimji 2021). Exemplarisch hierfür steht in Deutschland die Strategie, bei Auftreten eines Corona-Falls in Unterkünften Massenquarantänen zu veranlassen, bei denen infizierte mit nicht infizierten Bewohner*innen auf engem Raum gemeinsam isoliert werden (z.B. einem Flur ihrer Unterkunft, dessen Bewohner*innen sich die sanitären Einrichtungen teilen). Während die Massenquarantänen Menschen jenseits der Unterkünfte vor Infektionen schützten, setzten sie diejenigen, die unter Quarantäne gestellt wurden, obwohl sie (noch) nicht infiziert waren, einem signifikant erhöhten Infektionsrisiko aus (Jahn/Hintermeier/Bozorgmehr 2022).

Die Verletzbarkeit, die in der Corona-Pandemie – nicht nur, aber insbesondere auch in Flüchtlingsunterkünften – sichtbar wird, verweist mit Judith Butler auf eine grundlegendere Form „der Verwundbarkeit, des Ausgesetztseins, ja der Abhängigkeit“ (Butler 2016, 171). Als Menschen, so Butler, „sind (wir) von Anfang an einer Welt der anderen ausgeliefert, die wir uns nie ausgesucht haben“ (Butler 2020a, Übers. d. Verf.). Körper sind „verwundbar durch andere und durch Institutionen“ (Butler 2016, 269). Da Menschen existenziell aufeinander verwiesen und voneinander abhängig sind, besteht eine enge Beziehung zwischen Verletzbarkeit und Sor-

gebeziehungen (ebd., 254): Vulnerabel sind insbesondere diejenigen, für die nicht oder nur sehr unvollständig gesorgt wird – sei es in privaten Sorgearrangements oder durch (sozial-)staatliche Versorgung. Die individuelle Verletzbarkeit hängt in der Folge zentral von der Subjektposition innerhalb einer „sozialen, geschlechtlichen und ethnisierenden Stufung von Ausbeutung, Privilegien und Verletzbarkeiten (ab)“ (Roß 2008, 76).

Der Artikel zeichnet vor diesem Hintergrund nach, wie „prekäre Sorgelagen und Sorgelücken“ (Aulenbacher/Décieux 2019, 819) in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie auf alltägliche Versuche eines eigensinnigen Füreinander-Sorge-Tragens treffen und welche gesundheitlichen und politischen Effekte damit verbunden sind. Er greift auf 16 qualitative, problemzentrierte Interviews mit Bewohner*innen von Sammelunterkünften für Geflüchtete über ihre Alltagserfahrungen während der ersten und zweiten Welle der Pandemie zurück.

Ausgangspunkt ist der empirisch vielfach belegte Befund, dass der Alltag in Flüchtlingsunterkünften durch Sorge-Lücken und prekäre Sorgelagen geprägt ist, die sich im Zuge der Pandemie zusätzlich verschärfen. Im empirischen Material zeigt sich im Anschluss daran, dass sich diese „Sorglosigkeit“ (Aulenbacher/Dammayr/Décieux 2014, 212) im Alltag der Bewohner*innen zu der Erfahrung verdichtet, nicht wie ein Mensch behandelt zu werden, dessen Leben schützenswert ist. Gleichzeitig wird sichtbar, dass die Sorglosigkeit alltäglich umkämpft bleibt – und sowohl alltägliche Versuche eines eigensinnigen Füreinander-Sorge-Tragens, als auch öffentliche Proteste hervorruft. Diese alltäglichen Kämpfe der Bewohner*innen, so die zentrale These des Artikels, haben den unmittelbaren Effekt, punktuell den Infektionsschutz und die Versorgung der Bewohner*innen zu verbessern. Darüber hinaus problematisieren sie die ungleiche Verletzbarkeit im Zuge der Pandemie und machen den Anspruch auf gleiche Anerkennung menschlichen Lebens provisorisch geltend.

Marginalisierte Bevölkerungsgruppen, so das abschließende Fazit des Artikels, können sich nicht oder nur begrenzt darauf verlassen, dass ihre Gesundheit in der Corona-Pandemie durch staatliche Maßnahmen geschützt wird. Versuche, die eigene Gesundheit selbstorganisiert zu schützen, ermöglichen nur sehr begrenzt Verbesserungen und brechen sich an der (staatlich aufrechterhaltenen) strukturellen Sorglosigkeit der eigenen Lebenssituation.

Forschungsstand: Prekäre Sorgelagen in Flüchtlingsunterkünften

Die Frage nach struktureller Sorglosigkeit und eigensinnigem Füreinander-Sorge-Tragen in Flüchtlingsunterkünften im Zuge der Corona-Pandemie schließt an drei Forschungsstränge an: *Erstens* Forschung zu Fürsorge und Sorge-Krisen im Zuge der Corona-Pandemie, *zweitens* empirische Analysen der Unterbringungsbedingungen von Geflüchteten in Deutschland und ihrer gesundheitlichen Folgen, sowie *drittens* Studien zu den Auswirkungen der Unterbringungsbedingungen auf Beziehungsweisen zwischen Geflüchteten.

Für Gesellschaften, „in welchen (die) kapitalistische Produktionsweise herrscht“ (Marx 2008/1867, 49), ist im Allgemeinen charakteristisch, dass „Sorgeerfordernisse hintenangestellt (werden), während verwertungs-, akkumulations- und profitorientierte Bestrebungen voranstehen“ (Aulenbacher/Dammayr/Décieux 2014, 216). Der Alltag im Kapitalismus ist durch „Sorglosigkeit“ (ebd., 212) und „prekäre Sorgelagen und Sorgelücken“ (Aulenbacher/Décieux 2019, 819) gekennzeichnet. Die Folgen erfahren neben denjenigen, die unzureichend versorgt werden, insbesondere diejenigen – überwiegend Frauen –, die (größtenteils unbezahlte) Sorge-Arbeit leisten (Wöhl/Lichtenberger 2021, 120). Marginalisierte Gruppen sind zudem von Sorge-Krisen in einem deutlich verschärften Ausmaß betroffen (Butler 2016, 92).

Im Zuge der Corona-Pandemie werden zuvor bestehende (häufig prekäre) Sorgearrangements insbesondere durch Lockdowns, Homeofficeregelungen sowie Kita- und Schulschließungen brüchig und müssen in Familien und anderen Sorgebeziehungen reorganisiert werden (Carstensen 2021; Wöhl/Lichtenberger 2021, 123). Betroffen sind insbesondere Frauen, die in der Pandemie „noch mehr unbezahlte Arbeit leisten“ (Wöhl/Lichtenberger 2021, 120) und in noch stärkerem Maße Mehrfachbelastungen und psychischem Druck durch die größere Sorgeverantwortung ausgesetzt sind (Carstensen 2021, 72; Wöhl/Lichtenberger 2021, 121). Die Pandemie hatte dadurch insbesondere in heterosexuellen Kleinfamilien den Effekt einer „Retraditionalisierung der bestehenden Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen“ (Wöhl/Lichtenberger 2021, 123). Die zentrale Rolle der Kleinfamilie für den Infektionsschutz (z.B. im Zuge von Kontaktbeschränkungen) hatte in Kombination mit einer erhöhten Stressbelastung durch die Pandemie das Potenzial, innerfamiliäre Gewalt – insbesondere gegenüber Frauen und Kindern – zu befördern (Steinert/Ebert 2020). Alltagsleben und Sorgearrangements in Erstaufnahmeeinrichtungen¹ für Geflüchtete unterscheiden sich unabhängig von der Pandemie deutlich vom Leben jenseits der Unterkünfte. Charakteristisch für entsprechende Einrichtungen sind unter anderem Mehrbettzimmer, geteilte Sanitäranlagen, zu wenig Spielorte für Kinder, fehlende Privatsphäre, eine hohe Lärm- und Stressbelastung, unzureichender Gewaltschutz (z.B. vor sexualisierten Übergriffen), Substanzmissbrauch, zwischenmenschliche Konflikte sowie mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattete private Sicherheitsdienste (Bozorgmehr et al. 2020, 6; Christ/Meininghaus/Röing 2017; Huke 2021a; Hutter 2017). Der Zeitraum, für den Antragstellende verpflichtet sind, in Aufnahmeeinrichtungen zu leben, wurde in den vergangenen Jahren – insbesondere für einzelne Gruppen, etwa Menschen aus vermeintlich ‚sicheren Herkunftsländern‘ – systematisch ausgeweitet (Bozorgmehr et al. 2020, 6).² Politisches Ziel ist es, darüber eine Abschiebbarkeit zu gewährleisten (Muy 2019). In Erstaufnahmeeinrichtungen wird ein Teil der Sorgearbeit vom Staat übernommen – etwa durch eine zentralisierte Essensversorgung³ in Kantinen oder die Reinigung der sanitären Einrichtungen –, während andere Bereiche der Sorgearbeit in besonderem Maße familiarisiert sind (z.B. da Kinder keinen oder nur einen begrenzten Zugang zu Kitas oder Schulen haben) (terre des hommes 2020).

Bereits vor der Corona-Pandemie erwiesen sich die Lebensbedingungen in Erstaufnahmeeinrichtungen teilweise als gesundheitsgefährdend (Bozorgmehr et al. 2020, 6). Asylbewerber*innen erhalten „häufig keine adäquate gesundheitliche Versorgung“ (Agbi 2021, 93; vgl. auch Holleder 2020, 1203). Die Versorgung im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) konzentriert sich „auf die nicht aufschiebbare Akut- und Notfallversorgung“ (Holleder 2020, 1204). Der Zugang zu psychosozialer Beratung und Therapien ist eingeschränkt (Scherr/Breit 2020, 156). Die finanziellen Ressourcen von Asylsuchenden sind – etwa durch geringe finanzielle Leistungen im Rahmen des AsylbLG oder fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt – häufig prekär, wodurch sie ihre Gesundheitsversorgung auch nicht – oder nur sehr begrenzt – privat finanzieren können.

Im Anschluss an die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen werden Geflüchtete in vielen Bundesländern in kommunale Gemeinschaftsunterkünfte⁴ verlegt, die hinsichtlich der Unterbringungsstandards deutlich heterogener sind, teilweise jedoch in Bezug auf die oben genannten Belastungsfaktoren nur wenig Verbesserung mit sich bringen (El-Kayed/Hamann 2018; Weber/Rosenow-Williams 2022). In den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften stehen in der Regel Kochmöglichkeiten zur Verfügung und auch die Zugangsmöglichkeiten zu Kitas oder Schulen verbessern sich infolge des Umzugs (Alexandropoulou/Leucht/Salimovska 2016). Dadurch verändern sich Sorgearrangements in den Unterkünften: Während Bildung und Betreuung der Kinder eher staatlich übernommen wird, wird die Essensversorgung wieder stärker zu einer individuellen oder (in der Regel von Frauen) innerfamiliär geleisteten Aufgabe. Die Pandemie erhöhte die gesundheitliche Verletzbarkeit der Bewohner*innen in beiden Formen der Sammelunterbringung – das heißt sowohl in Erstaufnahmeeinrichtungen als auch in Gemeinschaftsunterkünften: Physische Distanzierung und Selbstisolation waren durch zentralisierte Essensausgabe, geteilte Sanitäreinrichtungen oder Mehrbettzimmer nicht oder nur sehr begrenzt möglich. Seife, Masken und Desinfektionsmittel standen nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung (Bhimji 2021; Bozorgmehr et al. 2020, 6). In der Folge bestand in Sammelunterkünften – insbesondere dann, wenn Massenquarantänen als Strategie der Infektionsbekämpfung eingesetzt wurden – bei Auftreten eines Corona-Falls für andere Bewohner*innen ein sehr hohes Infektionsrisiko (Bhimji 2021; Bozorgmehr et al. 2020, 2).

Die Bedingungen, die in Sammelunterkünften herrschen, erschweren grundsätzlich solidarische Umgangsweisen mit alltäglichen Problemen unter den Bewohner*innen (Christ/Meininghaus/Röing 2017, 39). Eine hohe Stressbelastung durch Lärm und fehlende Privatsphäre, erdrückende individuelle multiple Problemlagen (z.B. psychische Folgen der Flucht und der Situation im Herkunftsland), Sprachbarrieren, aber auch durch die räumliche Enge induzierte Alltagskonflikte wirken eher trennend als vergemeinschaftend (Huke 2021c). Innerfamiliäre Konflikte und patriarchale Gewalt werden durch die Unterbringungsbedingungen befördert (Dinkelaker/Schwenken 2020). In der Zwischenwelt der Flüchtlingsunterkünfte haben Bewohner*innen die Sorge-Netzwerke aus ihren Herkunftsländern größtenteils verloren

oder hinter sich gelassen (z.B. wenn Familien im Prozess der Flucht auseinandergerissen werden), bleiben aber von Sorge-Strukturen in Deutschland – sei es der staatlichen Gesundheitsversorgung oder privaten Sorgearrangements weitgehend ausgeschlossen. Asylsuchende sind dadurch häufig in besonderem Maße auf sich allein gestellt (Huke 2021b, 136–154).

In Bezug auf die Frage nach Sorglosigkeit und Füreinander-Sorge-Tragen in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie weist der Forschungsstand empirische Lücken auf: In der Forschung zu Fürsorge und Sorge-Krisen im Zuge der Corona-Pandemie werden Erfahrungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in der Regel nur unzureichend einbezogen. Studien, die den alltäglichen Umgang der Bewohner*innen mit der Gesundheitssituation in den Unterkünften fokussieren, liegen bisher nicht vor. Darüber hinaus fehlen Analysen, die alltägliche Sorgepraktiken in Sammelunterkünften und ihren Wandel im Zuge der Corona-Pandemie in den Blick nehmen.

Methodisches Vorgehen

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Gefährdetes Leben. Alltag und Protest in Flüchtlingsunterkünften im Zuge der Corona-Pandemie“ wurden 2020 und 2021 bundesweit⁵ 16 Asylsuchende – darunter zwölf Männer und vier Frauen – in problemzentrierten Interviews zu ihren Alltagserfahrungen befragt. Empirisch zeigte sich dabei, dass Erfahrungen von Sorglosigkeit und Sorge-Praktiken in den Interviews eine zentrale Rolle zukamen, ohne dass im Interviewleitfaden explizit nach alltäglichen Sorgebeziehungen gefragt wurde. Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts stand die Frage nach Bedingungen und Effekten von Protesten in Flüchtlingsunterkünften im Zuge der Pandemie. Grundlage der Auswahl der Interviewpartner*innen war vor diesem Hintergrund eine Medienrecherche, im Zuge derer Unterkünfte identifiziert wurden, in denen es im Zuge der Pandemie zu Protesten kam. Der Schwerpunkt lag dabei auf Erstaufnahmeeinrichtungen. Für die entsprechenden Unterkünfte wurden über Dritte (z.B. Pressevertreter*innen, die über die Proteste berichteten; das Sozialmanagement, politische Unterstützungsstrukturen oder Flüchtlingsräte) versucht, einen Kontakt zu Bewohner*innen, die an Protesten beteiligt waren, herzustellen. Ausgehend von diesen Kontakten wurden weitere Interviewpartner*innen über ein Schneeballsystem gewonnen.

Die Interviews wurden in der Regel in der Erstsprache der Interviewten geführt (ggf. mit Sprachmittlung), um es diesen zu erleichtern, über ihre Erfahrungen zu berichten.⁶ Aufgrund der Pandemie erfolgte die Interviewführung in den meisten Fällen digital per Zoom, zwei Interviews wurden telefonisch geführt. Die Interviews wurden anschließend mit einer pragmatischen Anwendung von Konzepten der *Grounded Theory* über die Software MAXQDA kodiert (Timonen/Foley/Conlon 2018). Forschungsleitend war dabei die innerhalb der *Grounded Theory* von Belfrage und Hauf (2017) vorgeschlagene „kritische“ methodische Perspektive, die den Forschungs-

prozess als konstanten Dialog zwischen bestehenden Theorien und Konzepten und dem empirischen Material begreift (ebd., 260).

„Bedeutet unser Leben nichts?“ Strukturelle Sorglosigkeit

Erfahrungen von Sorglosigkeit sind, wie vor dem Hintergrund des Forschungsstands bereits zu erwarten, ein zentrales narratives Element der Interviews. Die Situation in den Unterkünften während der ersten und zweiten Welle der Corona-Pandemie wird als „sehr gefährlich“ (Bewohner, 15.10.2020) beschrieben. Der eigene Alltag wird als „sehr schwierig, (...) sehr stressig“ (Bewohner, 15.10.2020) und „sehr riskant“ (Bewohnerin, 07.11.2020) erlebt: „Alle hatten Angst vor allen, (...) alle misstrauen einander“ (Bewohner, 15.10.2020). Sie habe große Angst vor Corona gehabt, erzählt eine Befragte, „(w)ir sind sehr verängstigt. Mehr als verängstigt“ (07.11.2020). Die Möglichkeiten, sich in den Unterkünften selbst vor einer Infektion zu schützen, werden als sehr begrenzt erfahren:

Wir haben (...) diese Zettel ausgehändigt bekommen. Die Regeln mit Abstand, Masken und Hygiene hingen in jedem Flur und an jeder Tür vom Gesundheitsamt (...). All das, was von uns Menschen gefordert wird, was wir eigentlich tun müssen dafür, kann gar nicht gemacht werden, weil die Bedingungen nicht so sind, wie sie eigentlich sein sollten dafür. (Bewohnerin, 23.10.2020).

Ursache hierfür ist auch die durch räumliche Enge erzwungene Nähe zu anderen Bewohner*innen: „Wir wissen nicht, wohin unsere Zimmernachbarin geht, wo sie Leute trifft, (...) sie weiß nicht, wohin ich gehe und dann haben wir alle Angst voreinander, weil wir im gleichen Zimmer schlafen“ (Bewohnerin, 07.11.2020). Man bleibe von den staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen ausgeschlossen, stellt eine Befragte fest: „Okay, dieses Gesetz wurde gemacht und sie haben uns komplett vergessen. Sie haben komplett vergessen, dass das hier ein Haushalt mit 700 Menschen ist“ (Bewohnerin, 13.11.2020). In einer derartigen Menschenmenge, stellt ein anderer Befragter fest, „reicht es aus, wenn einer die Hygieneregeln nicht beachtet, dann bricht das ganze System zusammen“ (Bewohner, 29.01.2021). Die Hygienestandards in den Unterkünften werden von vielen Befragten als „miserabel“ (Bewohner, 29.01.2021) eingeschätzt. Häufig genannt wird in diesem Zusammenhang unter anderem, dass Seife, Desinfektionsmittel und Masken nicht oder nur unzureichend zur Verfügung gestellt werden. Die den Umgang mit der Pandemie prägende Vorstellung vom Haushalt als vermeintlichem „Schutzraum“ (Butler 2020b, Übers. d. Verf.) vor dem Virus wird vor diesem Hintergrund *ad absurdum* geführt.

Wenn es Corona-Fälle gab, so wird in mehreren Interviews berichtet, wurden in Unterkünften vor allem zu Beginn der Pandemie häufig Ausgangssperren verhängt oder einzelne Stockwerke unter Quarantäne gestellt (vgl. auch Bozorgmehr et al. 2020, 2; Jahn/Hintermeier/Bozorgmehr 2022, 5): „Niemand kommt mehr raus. Du hast kein Recht mehr rauszugehen“ (Bewohner, 15.10.2020). Quarantänen seien unter

den Bedingungen, die in den Unterkünften herrschen, mit einer hohen Belastung verbunden: „Es war wirklich wie im Gefängnis, man konnte nichts tun. (...) Du konntest nicht raus, egal was war. Du hattest nichts zu tun, die WLAN-Verbindung war schlecht“ (Bewohner, 15.10.2020). Eine Befragte erzählt, auf ihrem Flur habe es während der Quarantäne keine Frischluftzufuhr gegeben, da sich die Fenster nicht öffnen ließen. Um an die frische Luft zu kommen, habe man nur die Möglichkeit gehabt, mit dem Sicherheitsdienst vor die Tür zu gehen: „Fünf bis zehn Minuten in der Sonne, dann nehmen sie sie wieder mit zurück auf die Zimmer“ (Bewohnerin, 07.11.2020). Die Bewohner*innen bleiben während der Quarantäne „ständig im Kontakt“ (Bewohnerin, 18.11.2020). Die Massenquarantänen in den Unterkünften, so die Erfahrung einer Bewohnerin, verschärfen dadurch die Infektionsgefahr für diejenigen, die noch nicht infiziert sind – unter ihnen auch „ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, etwa der Lunge“ (Bewohner, 12.02.2021): „Hunderte wurden infiziert als sie uns eingesperrt haben. (...) Es wurde schlimmer. Als wir frei waren, rauszugehen und für uns selbst zu sorgen, waren die Fälle nicht so hoch“ (Bewohnerin, 13.11.2020).⁷ Einige Befragte durften ihr Stockwerk durch kontinuierliche Neuinfektionen innerhalb der „Kohorten-Quarantäne“ (Bewohnerin, 18.11.2020) über einen Monat nicht verlassen.

Die Verletzbarkeit gegenüber dem Virus trifft im Alltag der Befragten auf andere, teils als wesentlich gravierender erlebte Formen von Verletzbarkeit, etwa gegenüber Abschiebungen, Gewalt durch Sicherheitsdienste oder (z.B. sexualisiert-gewaltsamen und anderen patriarchalen) Übergriffen von Seiten anderer Bewohner*innen. So erzählt eine Bewohnerin, sie habe aus Angst nachts immer einen Schrank vor ihre Tür gestellt, da sie keinen Schlüssel für ihr Zimmer habe (Bewohnerin, 18.11.2020). Die angespannte Situation durch die Pandemie, so wird in mehreren Interviews berichtet, verschärft in den Unterkünften individuelle psychische, innerfamiliäre oder allgemeine zwischenmenschliche Konflikte – und darüber potenziell auch die Verletzbarkeit einzelner Bewohner*innen. Ein Bewohner berichtet davon, wie sich die Situation auf seine Familie auswirkt: „Das führt alles zu massiven psychischen Belastungen, auch zwischen uns als Familie. Das heißt, ich habe Konflikte mit meiner Frau, innerhalb von einer Woche drei Mal, weil wir in einem Zimmer sind, besorgt und gestresst“ (Bewohner, 19.11.2020). „Die Leute hier haben Auseinandersetzungen, (...) weil so viele Leute in einem Zimmer für lange Zeit bleiben müssen, ohne für frisches Essen oder frische Luft rausgehen zu können“ (Bewohner, 02.12.2020), erzählt ein anderer. Die alltäglichen Erfahrungen in den Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie verdichten sich für viele Befragte zum Gefühl, nicht als Mensch gesehen und „unmenschlich“ (Bewohnerin, 23.10.2020) oder wie „Tiere“ (Bewohner, 07.01.2021) behandelt zu werden. „Das Leben eines Asylsuchenden“, stellt ein Befragter fest, „bedeutet ihnen (der Regierung) nichts“ (Bewohner, 11.12.2020). Besonders deutlich ist diese Erfahrung für Bewohner*innen im direkten Vergleich zum Umgang mit denjenigen, die in den Unterkünften arbeiten, wie die folgende Interviewpassage zeigt:

Sobald die Regelung mit dem Abstandhalten, Masken und Hygiene angefangen hat, war das Erste, was in unserem Camp passierte, dass wir unser Sozialarbeiter nicht mehr gesehen haben. Die kamen zwar zur Arbeit, aber das war alles abgeriegelt, mit Glasscheiben und Abstand halten. Wir durften uns nicht dem Büro nähern. Jedes Mal, wenn wir da standen, dachten wir: ‚Wie kann das sein? Warum deren Leben? (...) Wir müssen (...) auf einem Haufen hocken. (...) Bedeutet unser Leben nichts? Haben wir nicht das Recht auf die Regeln und auf das Leben?‘ (Bewohnerin, 23.10.2020)

In den rekonstruierten Erfahrungen der Befragten zeigt sich, dass die Corona-Pandemie die alltägliche Ungleichbehandlung von Leben – „Wessen Leben zählt? Welche Leben zählen nicht als Leben?“ (Butler 2016, 252) – besonders deutlich sichtbar und erfahrbar macht. So werden etwa durch Massenquarantänen diejenigen außerhalb der Unterkünfte geschützt, während die Bewohner*innen einem erhöhtem Infektionsrisiko ausgesetzt werden (Bozorgmehr et al. 2020). Auf den privaten Haushalt bezogene staatliche Strategien laufen aufgrund der Verhältnisse in den Flüchtlingsunterkünften ebenso ins Leere wie Hygiene- und Distanzierungsregeln. Die Bewohner*innen erleben sich in der Folge nicht nur als besonders verletzlich, sondern – insbesondere im Kontrast zum Umgang mit anderen Bevölkerungsgruppen – auch als von der Sorge um Gesundheit und Leben ausgeschlossen (bzw. der Sorglosigkeit ausgesetzt). Die Unterkünfte erweisen sich als „Zwischenwelt“ (Hutter 2017, 238), in der Ansprüche der sie umgebenden Gesellschaft (z.B. auf Schutz der körperlichen Unversehrtheit) alltäglich außer Kraft gesetzt werden (Mortland 1987, 380). Für die Bewohner*innen hat das zur Folge, dass sie sich „als entbehrliches Wesen“ behandelt erleben, „das auf einer gefühlsmäßigen oder körperlichen Ebene registriert, dass sein Leben offenbar *nicht* wert ist, erhalten, geschützt oder wertgeschätzt zu werden“ (Butler 2016, 253).

„Ein Ort, an dem du wirklich deine Probleme teilen kannst“. Eigensinniges Füreinander-Sorge-Tragen

Ausgehend von der Erfahrung, „dem Risiko der Infizierung und des Todes in unverhältnismäßiger Weise ausgesetzt“ (Gassner 2020, 424) zu sein, zeigen sich in den Interviews zwei Reaktionsformen, in denen „Gleichheit inmitten der Ungleichheit experimentell und provisorisch geltend gemacht wird“ (Butler 2016, 235). Die interviewten Bewohner*innen versuchen zum einen, über Praktiken des Füreinander-Sorge-Tragens die alltäglich in den Flüchtlingsunterkünften erlebte Sorglosigkeit auszugleichen und darüber ihre Prekarität punktuell abzumildern. Entsprechende Praktiken verbleiben in der Regel „unterhalb des Radars“ (Papadopoulos/Tsianos 2013, 178, Übers. d. Verf.) öffentlicher politischer Aushandlungsprozesse. Ihnen wohnt jedoch – da sie die Forderung nach Sorge in einer von Sorglosigkeit geprägten gesellschaftlichen Situation implizieren und partiell einlösen (ebd., 191f.) – ein politisches Moment inne (Huke 2019). Im Füreinander-Sorge-Tragen ist „das Persönliche nicht länger vom Politischen (ge)trennt“ (Federici 2015, 85). Der Ver-

such, alltäglichen Problemlagen konkret zu begegnen wirft „zugleich die weitreichendere Frage nach (...) politischer Veränderung auf (...)“ (ebd.). Zum anderen fordern Bewohner*innen über Proteste, in denen sie öffentlich körperlich sichtbar werden, das Recht ein, zu erscheinen und als Mensch, dessen Leben zu schützen (und potenziell zu betauern) ist, wahrgenommen und behandelt zu werden.

Im Interviewmaterial ist – ein Befund der vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Verteilung von Sorgearbeit wenig überrascht – deutlich sichtbar, dass Sorge in Flüchtlingsunterkünften überdurchschnittlich häufig von Frauen geleistet wird. In den meisten der Interviews mit Frauen spielt etwa die Sorge um und das Sorgen für eigene – sowie teilweise auch andere – Kinder eine zentrale Rolle. Problematisiert werden häufig insbesondere jene Bedingungen, die es verhindern, angemessen Sorge zu tragen. Die geäußerten Kritikpunkte reichen von fehlenden Koch- oder Aufwärmmöglichkeiten (z.B. für Babynahrung) über die durch die Unterbringungsbedingungen ausgelöste Erschöpfung (z.B. aufgrund von Schlafmangel) bis hin zur unzureichenden Ernährung, die das Stillen erschwere (Huke 2021a). Durch die (Sorglosigkeit der) Unterbringungsbedingungen ist die Sorge um Kinder für die Befragten eine (zusätzliche) alltägliche Belastung.

Auch in Bezug auf die Corona-Pandemie sind es – nicht nur, aber in besonderem Maße – Frauen, die für andere Bewohner*innen sorgen. Ein Beispiel für Praktiken des Füreinander-Sorge-Tragens ist die Essensversorgung derjenigen, die unter Quarantäne gestellt werden durch diejenigen, die die Unterkunft verlassen dürfen oder bereits außerhalb der Unterkunft untergebracht wurden. Das Essen in den Unterkünften beschreiben viele Befragte – nicht nur während der Quarantäne – als unzureichend, „wirklich, wirklich, wirklich schrecklich“ (Bewohner, 11.12.2020) oder „nicht essbar“ (Bewohner, 04.12.2020). Vor diesem Hintergrund versorgen sich viele Befragte trotz ihrer prekären finanziellen Situation selbst zusätzlich mit Essen, was durch Quarantäne verunmöglicht wird. Die Essensversorgung wird daher bei Quarantänen teilweise solidarisch durch Andere übernommen, erzählt eine Befragte:

„Ich kann hier (in der Folgeunterbringung) kochen, deshalb muss ich kochen und dann (zur unter Quarantäne stehenden Erstaufnahmeeinrichtung) hingehen und das Essen bei den Securities lassen. Einige (...) brauchten Babynahrung, einige Damenbinden usw., also rufen sie dich an: ‚Wir haben Hunger, wir brauchen dies, wir brauchen das, wenn du uns helfen kannst.‘ Als Mutter schiebe ich einen Kinderwagen und kann nicht viel tun, aber ich versuche mein Bestes, und dann koche ich und kaufe Sachen für sie und lasse sie bei den Securities und später rufen sie an: ‚Der Security hat es gebracht.‘“ (Bewohnerin, 07.11.2020)

„Meine Freunde bringen uns etwas zu essen (...), das macht mich gesund“ (Bewohner, 04.12.2020), hebt ein anderer Interviewpartner die Bedeutung der Essensversorgung während seiner Corona-Infektion hervor.

Ein anderes Beispiel für Sorge umeinander ist die Bereitstellung von Seife, Desinfektionsmitteln oder Masken. Eine Befragte erzählt, sie interessiere sich „überhaupt nicht für Politik“ (Bewohnerin, 13.11.2020). Als sie jedoch gesehen habe, dass die

Kinder in der Unterkunft durch fehlende Hygienemaßnahmen einer Infektion ausgesetzt waren, habe sie festgestellt,

dass ich (...) eine Schüssel holen muss und dann meine eigenen Desinfektionsmittel auf den Boden stellen muss (...). Wenn also Kinder (im Bad) hereinkamen, sagte ich: ‚Hey, hey, kommt und ich wasche euch die Hände.‘ Und bitte euch, auf euer Zimmer zu gehen. Das habe ich persönlich gemacht. Denn ich wusste, dass es nicht ok war, wie es war. Also habe ich die Verantwortung dafür übernommen (Bewohnerin, 13.11.2020).

Ein anderer Befragter erzählt, die selbstorganisierte Flüchtlingsgruppe, in der er aktiv sei, habe die Bewohner*innen verschiedener Unterkünfte mit selbstgeknähten Masken versorgt, da der Staat pro Person nur einmalig eine Einwegmaske zur Verfügung gestellt habe: „Wir nehmen es auf uns, zu sagen: ‚Okay, lasst uns diese Dinge tun. Wenn die Regierung nicht bereit ist, uns zu helfen‘.“ (Bewohner, 11.12.2020). Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diejenigen, deren „Leben zählt“ (Butler 2016, 252) von denjenigen unterscheiden, die zu „entbehrliche(n)(...) Wesen“ (ebd., 253) werden, strukturieren auch die Möglichkeiten einer öffentlichen Artikulation der eigenen Erfahrungen. Diejenigen, die als entbehrlich gelten, werden nicht nur Verletzbar- und Sorglosigkeit in besonderem Maße ausgesetzt, ihre Erfahrungen mit Marginalisierung werden gleichzeitig gesellschaftlich nur begrenzt als real oder signifikant angesehen (Franklin/Boyd-Franklin/Kelly 2006, 14f.). Die daraus resultierende enge Verbindung zwischen Verletzbarkeit, Sorglosigkeit und Schweigen zeigt sich auch im Alltag von Asylsuchenden, deren Forderungen häufig nur begrenzt gehört und ernst genommen werden (Huke 2021c; Mortland 1987, 399). Beispielfhaft hierfür berichtet ein Interviewpartner, er entscheide sich häufig über seine Erfahrungen in der Unterkunft zu schweigen, „weil wenn du etwas sagst, bedeutet es nichts. Niemand wird dir glauben“ (Bewohner, 11.12.2020).

In der Corona-Pandemie ist die in deutlichem Kontrast zur Gesellschaft außerhalb der Flüchtlingsunterkünfte stehende Sorglosigkeit und Verletzbarkeit der Bewohner*innen ein Auslöser öffentlicher Proteste. In diesen versammeln Bewohner*innen – im Sinne Judith Butlers – ihre „Körper (...)“, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen (...): Sie verlangen, anerkannt und wertgeschätzt zu werden, sie machen das Recht geltend, zu erscheinen und ihre Freiheit auszuüben, und sie fordern ein lebbares Leben“ (Butler 2016, 39). Mit Flüchtlingsunterkünften verbundene Grenzziehungen werden dadurch politisch herausgefordert (Hartmann 2017). Ausgangspunkt der Proteste ist in vielen Fällen die Erfahrung, bei der Leitung der Flüchtlingsunterkünfte und dem Sozialmanagement kein Gehör zu finden und von diesen keine Lösungsansätze für die drängenden Probleme angeboten zu bekommen, die sich im Alltag in Flüchtlingsunterkünften unter den Bedingungen der Pandemie ergeben. „Als wir in den Nachrichten von Corona hörten“, erzählt ein Interviewpartner, „finden wir an mit den Securities, der AWO (Sozialmanagement der Unterkunft) (...) zu sprechen, um zu sagen: ‚Was tun wir? Ihr könnt uns nicht so in einem Raum lassen‘“ (Bewohner, 12.11.2020). Da sie mit ihren Forderungen kein Gehör fanden,

entstand bei einigen ein Gefühl von „Okay, wir müssen protestieren“ (Bewohnerin, 13.11.2020). In der Folge kommt es bundesweit in unterschiedlichen Flüchtlingsunterkünften zu Protesten. Einschränkungen des Demonstrationsrechts aufgrund des Infektionsschutzes waren für die Proteste nur begrenzt relevant: „Wir sind 700 Menschen eines Haushalts. (...) Deshalb können wir zusammen rausgehen und protestieren“ (Bewohnerin, 13.11.2020).

Eine zentrale Motivation der Proteste ist dabei auch die Sorge um Andere. Während des ersten Protests, an dem sie im Zuge der Corona-Pandemie teilgenommen habe, erzählt eine Bewohnerin, sei sie die einzige Frau unter lauter Männern gewesen. Sie habe auf der Kundgebung gesprochen, aber nicht für sich, sondern „für die Kinder dort (in der Erstaufnahmeeinrichtung) (...). Weil ich wusste, dass sie unschuldig sind und dass das, was sie ihnen antun, nicht fair ist. (...) Wenn es nur um Politik gegangen wäre, hätte ich mich keinen Zentimeter bewegt“ (Bewohnerin, 13.11.2020). Nach der Kundgebung sei sie in der Unterkunft auf andere Mütter zugegangen und habe sie auf die möglichen Folgen der Pandemie für ihre Kinder hingewiesen, wodurch es ihr gelungen sei, die Frauen aktiv in Proteste einzubinden: „Der zweite Protest waren Frauen und Babys“ (Bewohnerin, 13.11.2020). Sorgeverantwortung in einem von Sorglosigkeit geprägten Alltag ist damit in diesem Fall der Ausgangspunkt einer gewissen „Feminisierung“ der Politik: Zuvor privat ausgehandelte Themen werden durch eine stärkere Präsenz von Frauen in Protesten öffentlich sichtbar, was wiederum mobilisierend auf andere Frauen wirkt (Huke/Wöhl 2018). „Ich habe vorher noch nie an einer anderen Demonstration teilgenommen“, berichtet eine andere Interviewpartnerin, die von ihrem Redebeitrag auf einer Demonstration gegen die Situation in ihrer Unterkunft erzählt. Sie habe gesagt: „Sie wollen uns nicht zuhören, sie hören uns nicht zu. (...) Sie tun nichts (gegen die Infektionsgefährdung)“ (Bewohnerin, 07.11.2020).

Durch die Proteste entstehen temporär soziale Netzwerke, in denen Bewohner*innen mit ihren Problemen ernst genommen werden. Die selbstorganisierte flüchtlingspolitische Gruppe, die ihre Proteste unterstützt habe, erzählt eine Interviewpartnerin, sei für sie „ein Ort, an dem du wirklich deine Probleme teilen kannst und siehst, wenn nicht alles gelöst wird, wird doch ein Teil gelöst“ (Bewohnerin, 13.11.2020). Das kollektive Füreinander-Sorge-Tragen im Zuge der Proteste entlaste sie psychisch:

Ich bin entspannter geworden. (...) Selbst wenn ich nicht direkt davon profitiere, aber Menschen um mich herum: Das Lächeln auf ihren Gesichtern zu sehen und zu sehen, dass wegen eines Schritts, den ich gemacht habe, wenigstens etwas Kleines erreicht wurde. Aus diesem Grund geht es mir wirklich ok (Bewohnerin, 13.11.2020).

Die Proteste können vor diesem Hintergrund auch als Form einer Wiederaneignung der eigenen Anerkennung als Mensch in der Sorge füreinander gelesen werden (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Sorge und Sorglosigkeit in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie

	Strukturelle Sorglosigkeit	Eigensinniges Füreinander-Sorge-Tragen
<i>Zentrale Elemente</i>	Fehlende Möglichkeiten der sozialen Distanzierung in Sammelunterkünften; unzureichende Hygienemaßnahmen; Massenquarantänen; unzureichende Gesundheitsversorgung	Individuelle Versuche, Hygienestandards zu implementieren; Essensversorgung durch Andere; kollektive Proteste
<i>Geschlechterpolitische Dimension</i>	Frauen durch patriarchale Macht- und Gewaltverhältnisse besonders vulnerabel und stärker in der Verantwortung für ihre Kinder (in prekären Lebensumständen) zu sorgen	Sorgearbeit häufig durch Frauen geleistet; Sorge um Andere ist dabei sowohl belastend, als auch sinnstiftend und Ausgangspunkt politischen Protests
<i>Folgen in der Pandemie</i>	Hohe Infektionsgefahr	Punktuell verbesserter Infektionsschutz
<i>Erfahrung im Alltag</i>	Entmenslichung	Geborgenheit, Entlastung
<i>Politischer Effekt</i>	Gefährdetes Leben, das öffentlich weitgehend unsichtbar bleibt	Anspruch auf gleiche Anerkennung menschlichen Lebens wird provisorisch geltend gemacht, ‚Feminisierung‘ der Politik

Quelle: eigene Darstellung

Fazit

Mit Blick auf die rekonstruierten Erfahrungen der Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften zeigt sich exemplarisch, dass die Corona-Pandemie ein besonderes Licht auf gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse wirft. Nicht jedes Leben, so wird in diesem Licht besonders kontrastreich sichtbar, hat in Deutschland offensichtlich den gleichen Anspruch auf Schutz und Sorge. Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften werden staatlicherseits einer Corona-Infektion – und ihren potenziell tödlichen Konsequenzen – in besonderem Maße ausgesetzt. Beispiele hierfür sind die ausbleibende staatliche Reaktion auf fehlende Möglichkeiten der sozialen Distanzierung; keine oder nur eine unzureichende Versorgung mit Masken, Seife oder Desinfektionsmitteln und insbesondere die Massenquarantänen, die die Infektionsgefahr der unter Quarantäne gestellten erhöhten. Die Infektionsgefährdung in den Unterkünften lässt sich daher mit Judith Butler als „sozial erzeugt (...)“ (Butler 2016, 33) und „politisch bedingt (...)“ (ebd., 49) begreifen. Die Bewohner*innen erleben ihre Situation als von Sorglosigkeit geprägt, etwa wenn nur für Mitarbeitende

Möglichkeiten der sozialen Distanzierung geschaffen werden, während die Bewohner*innen weiterhin Zimmer, Sanitäreinrichtungen oder Speisesäle teilen müssen. In der Folge entstehen Versuche, durch privates Füreinander-Sorge-Tragen die alltäglich erfahrene Sorglosigkeit zu mindern, aber auch öffentliche Proteste, in denen die Forderung, als Menschen behandelt zu werden, deren Leben etwas bedeutet, eine zentrale Stellung einnimmt. Gleichheit wird in dieser Forderung „inmitten der Ungleichheit experimentell und provisorisch geltend gemacht“ (Butler 2016, 235). Ausgangspunkt ist hierbei nicht zuletzt, dass für die Bewohner*innen in der Corona-Pandemie der uneingelöste Gleichheitsanspruch des Gesundheitsschutzes prägnant erfahrbar wird: Es ist für sie offensichtlich, dass zwar alle gleichermaßen verletzlich gegenüber dem Virus sind, die Schutzmaßnahmen jedoch nicht für alle gleichermaßen gelten. Die Proteste der Bewohner*innen weisen dadurch über ihre konkreten Forderungen hinaus: Sie dringen in die „Sphäre des Erscheinens“ (ebd., 58) ein und bekräftigen die Menschlichkeit derjenigen, die sich körperlich in der Öffentlichkeit versammeln – und zeigen dabei gleichzeitig die Grenzen der Anerkennung menschlichen Lebens infolge gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse auf. Marginalisierte Gruppen, so zeigt das Beispiel der Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland, können sich nicht oder nur sehr begrenzt darauf verlassen, dass ihr Leben in staatlichen Maßnahmen der Eindämmung der Corona-Pandemie berücksichtigt und ihre Gesundheit geschützt wird. Im Gegenteil: Wie das Beispiel der Massenquarantänen zeigt, wird für sie teilweise eine Infektion billigend in Kauf genommen, um andere Teile der Bevölkerung zu schützen. In der Folge sind marginalisierte Gruppen darauf angewiesen, selbstorganisiert für den Schutz ihrer Gesundheit zu sorgen. Ihre prekäre Lebenssituation (z.B. begrenzte finanzielle Mittel), aber auch die strukturellen Rahmenbedingungen ihres Alltags (z.B. fehlende Möglichkeiten der sozialen Distanzierung durch Mehrbettzimmer) ermöglichen ihnen dabei jedoch bestenfalls punktuelle Verbesserungen, die die Sorglosigkeit, die ihren Alltag prägt, nicht grundlegend überwinden können. Ihre Alltagskämpfe um Gesundheitsschutz haben jedoch eine politische Bedeutung, die über unmittelbare Effekte hinausweist: Sie machen existierende soziale und vergeschlechtlichte Ungleichheiten öffentlich sichtbar, die sich im Umgang mit der Pandemie weiter verschärfen. Der Effekt, dass die Pandemie – wie eingangs zitiert – als Röntgenstrahl, Scheinwerfer oder starke Taschenlampe bestehende Ungleichheiten erleuchtet, setzt, so zeigt das empirische Beispiel, nicht notwendig automatisch ein. Teilweise entsteht er erst infolge sozialer (Alltags-)Kämpfe, in denen der Sorge für- und umeinander eine zentrale Rolle zukommt.

Literatur

Agbi, Sylvia, 2021: Zum Gebrauch und normativen Gehalt der Begriffe Vulnerabilität und Bedürftigkeit im Kontext der Gesundheitsversorgung geflüchteter Menschen. In: Nowak, Anna Christina/Krämer, Alexander/Schmidt, Kerstin (Hg.): *Flucht und Gesundheit. Facetten eines interdisziplinären Zugangs*. Berlin, 89–106.

Alexandropoulou, Magdalini/Leucht, Christoph/Salimovska, Sabina, 2016: Gewährleistung der Kinderrechte in den Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive. Internet: <https://www.pufii.de/html/download.cms?id=13> [20.10.2022].

Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Décieux, Fabienne, 2014: Herrschaft, Arbeitsteilung, Ungleichheit – Das Beispiel der Sorgearbeit und des Sorgeregimes im Gegenwartskapitalismus. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 44 (2), 209–224.

Aulenbacher, Brigitte/Décieux, Fabienne, 2019: Prekaritäten: internationale Forschung zu globalen Ungleichheiten, Ungleichzeitigkeiten und Geschlecht. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden, 813–822.

Belfrage, Claes/Hauf, Felix, 2017: The Gentle Art of Retrodution: Critical Realism, Cultural Political Economy and Critical Grounded Theory. In: Organization Studies. 38 (2), 251–271.

Bhimji, Fazila, 2021: Voices from the Lagers in Germany. In: Intersections. 7 (3), 241–258.

Birke, Peter, 2020: Coesfeld und die Folgen: Arbeit und Migration in der Pandemie. In: Sozial. Geschichte Online (27), 137–154.

Bozorgmehr, Kayvan/Hintermeier, Maren/Razum, Oliver/Mohsenpour, Amir/Biddle, Louise Rosa/Oertelt-Prigione, Sabine/Spallek, Jakob/Tallarek, Marie/Jahn, Rosa, 2020: SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte. Internet: https://www.public-health-covid19.de/images/2020/Ergebnisse/FactSheet_PHNetwork-Covid19_Aufnahmeeinrichtungen_v1_inkl_ANNEX.pdf [24.01.2023].

Butler, Judith, 2016: Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung. Berlin.

Butler, Judith, 2020a: Judith Butler: Mourning Is a Political Act Amid the Pandemic and Its Disparities. Internet: <https://truthout.org/articles/judith-butler-mourning-is-a-political-act-amid-the-pandemic-and-its-disparities/> [8.7.2022].

Butler, Judith, 2020b: Capitalism Has its Limits. Internet: <https://www.versobooks.com/blogs/4603-capitalism-has-its-limits> [8.7.2022].

Carstensen, Tanja, 2021: Erschöpfung, Ungleichheit und neue Sichtbarkeit. In: Redaktion Corona-Monitor (Hg.): Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie. Wien, 65–78.

Christ, Simone/Meininghaus, Esther/Röing, Tim, 2017: “All Day Waiting”: Causes of Conflict in Refugee Shelters in Germany. Internet: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/62796/ssoar-2019-christ_et_al-All_day_waiting-causes_of.pdf [18.12.2020].

Dinkelaker, Samia/Schwenken, Helen, 2020: Fragmentierter Schutz an der Schnittstelle von gewaltförmigen Geschlechterverhältnissen und restriktiven Asyl- und Aufenthaltspolitiken. In: Bürger & Staat. 70 (3), 160–166.

El-Kayed, Nihad/Hamann, Ulrike, 2018: Refugees’ Access to Housing and Residency in German Cities: Internal Border Regimes and Their Local Variations. In: Social Inclusion. 6 (1), 135–146.

Federici, Silvia, 2015: Die Reproduktion der Arbeitskraft im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. In: Kitchen Politics (Hg.): Aufstand aus der Küche. Münster, 21–86.

Franklin, Anderson J./Boyd-Franklin, Nancy/Kelly, Shalonda, 2006: Racism and Invisibility. In: Journal of Emotional Abuse. 6 (2-3), 9–30.

Gassner, Sonja, 2020: Entgrenzte Körper. Zur Möglichkeit einer Politik affirmativ geteilter Vulnerabilität. In: Zeitschrift für Praktische Philosophie. 7 (2), 417–442.

Hartmann, Melanie, 2017: Contested Boundaries: Refugee Centers as Spaces of the Political. In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung. 1 (2), 218–243.

Holleder, Alfons, 2020: Die Gewährleistung von Krankheitshilfen bei asylsuchenden Menschen: Zweiklassenmedizin in Deutschland? In: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz. 63 (10), 1203–1218.

Huke, Nikolai, 2019: Teilhabe trotz staatlicher Ausgrenzungspolitik. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. 32 (3), 394–407.

Huke, Nikolai, 2021a: „Bedeutet unser Leben nichts?“ Erfahrungen von Asylsuchenden in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie in Deutschland. Internet: https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/210809_PA_Lager.pdf (24.01.2023).

Huke, Nikolai, 2021b: Ohnmacht in der Demokratie. Das gebrochene Versprechen politischer Teilhabe. Bielefeld.

Huke, Nikolai, 2021c: Subalterne Proteste. Konflikte in deutschen Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie. In: Redaktion Corona-Monitor (Hg.): *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie*. Wien, 106–122.

Huke, Nikolai/Wöhl, Stefanie, 2018: ‚Feminisierung‘ der Politik. Soziale Bewegungen gegen Austeritätspolitik in Spanien als Katalysator der politischen Partizipation von Frauen. In: *Momentum Quarterly*. 7 (1), 29–41.

Hutter, Dorothee, 2017: Machtlosigkeit als bestimmendes Lebensgefühl. Konflikt und Gewalt in Flüchtlingsunterkünften. In: *Zeitschrift für Konfliktmanagement*. 20 (6), 237–239.

Jahn, Rosa/Hintermeier, Maren/Bozorgmehr, Kayvan, 2022: Sars-Cov-2 Attack Rate in Reception and Accommodation Centres for Asylum Seekers During the First Wave: Systematic Review of Outbreak Media Reports in Germany. In: *Journal of Migration and Health*. 5 (100084), 1–7.

Marx, Karl, 2008/1867: *Das Kapital*: Bd. 1. Berlin.

Mortland, Carol A., 1987: Transforming Refugees in Refugee Camps. In: *Urban Anthropology and Studies of Cultural Systems and World Economic Development*. 16 (3/4), 75–404.

Muy, Sebastian, 2019: Die Gegenwart der Lager – revisited. In: Resch, Christine/Wagner, Thomas (Hg.): *Migration als soziale Praxis. Kämpfe um Autonomie und repressive Erfahrungen*. Münster, 190–206.

Papadopoulos, Dimitris/Tsianos, Vassilis S., 2013: After Citizenship. Autonomy of Migration, Organisational Ontology and Mobile Commons. In: *Citizenship Studies*. 17 (2), 178–196.

Roß, Bettina, 2008: Ethnizität und Geschlecht in der internationalen Arbeitsteilung. In: Brabandt, Heike/Roß, Bettina/Zwingel, Susanne (Hg.): *Mehrheit am Rand? Geschlechterverhältnisse, globale Ungleichheit und transnationale Handlungsansätze*. Wiesbaden, 69–87.

Scherr, Albert/Breit, Helen, 2020: Soziale Arbeit mit Geflüchteten. In: *Bürger & Staat*. 70 (3), 154–159.

Schilliger, Sarah/Schwiter, Karin/Steiner, Jennifer, 2022: Care Crises and Care Fixes under Covid-19: the Example of Transnational Live-in Care Work. In: *Social & Cultural Geography*, <https://doi.org/10.1080/14649365.2022.2073608>.

Schöningh, Enno, 2020: Soziale Benachteiligung durch Corona. Die Krisen der Ungleichheit. Internet: <https://taz.de/Soziale-Benachteiligung-durch-Corona/!5696931/> (11.8.2022).

Steinert, Janina/Ebert, Cara, 2020: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. Internet: https://toolbox-opferschutz.at/sites/toolbox-opferschutz.at/files/inline-files/Studie_COVID.pdf (17.11.2022).

terre des hommes, 2020: Kein Ort für Kinder. Zur Lebenssituation von minderjährigen Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen. Internet: https://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/04_Was_wir_tun/Themen/Weitere_Themen/Fluechtlingsskinder/2020-06_terre-des-hommes-AnkerRecherche.pdf (16.6.2021).

Timonen, Virpi/Foley, Geraldine/Conlon, Catherine, 2018: Challenges When Using Grounded Theory. In: *International Journal of Qualitative Methods*. 17 (1), <https://doi.org/10.1177/1609406918758086>.

Weber, Desirée/Rosenow-Williams, Kerstin, 2022: Kinderschutz in Unterkünften für geflüchtete Menschen. In: Kleist, J. Olaf (Hg.): Gewaltschutz in Geflüchtetenunterkünften. Theorie, Empirie und Praxis. Bielefeld, 171–196.

Wimbauer, Christine/Motakef, Mona, 2021: Prekäre Arbeit, prekäre Anerkennung, prekäre Lebensverhältnisse – Zur erweiterten Analyse vergeschlechtlicher Ungleichheiten in pandemischen Zeiten. In: Hoffmann, Rasmus/Knabe, André/Schmitt, Christian (Hg.): Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf. Wiesbaden, 165–186.

Wöhl, Stefanie/Lichtenberger, Hanna, 2021: Die Covid-19-Pandemie und Wirtschaftskrisen: die Mehrfachbelastungen von Frauen in Privathaushalten. In: Momentum Quarterly. 10 (2), 119–129.

Anmerkungen

- 1 Nach ihrer Ankunft in Deutschland sind diejenigen, die einen Asylantrag stellen, in der Regel gesetzlich verpflichtet, zunächst in Aufnahmeeinrichtungen zu leben (terre des hommes 2020, 14).
- 2 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt tragen ebenfalls dazu bei, dass Menschen länger in Sammelunterkünften verbleiben, da sie keine private Wohnung finden (Huke 2021b, 230–233; Dinkelaker/Schwenken 2020, 162).
- 3 Von Bewohner*innen wird diese Versorgung jedoch häufig als unzureichend eingeschätzt (Huke 2021a).
- 4 Je nach Kommune erfolgt die Unterbringung in unterschiedlichem Verhältnis in Gemeinschaftsunterkünften oder dezentral in Wohnungen.
- 5 Durch ihren begrenzten Umfang ist die Erhebung nicht repräsentativ und erhebt nicht den Anspruch, ein umfassendes und – beispielsweise nach Unterschieden zwischen Bundesländern oder Kommunen – differenziertes Bild über die Situation in allen (in Bezug auf verschiedene Faktoren sehr heterogenen) Sammelunterkünften zu geben. Sie liefert jedoch aussagekräftige Befunde über grundlegende Problemfelder, die Bewohner*innen der Sammelunterkünfte betreffen.
- 6 Bei den mit Sprachmittlung geführten Interviews wurde aufgrund begrenzter finanzieller Ressourcen in der Auswertung mit der Übersetzung der Sprachmittlerin gearbeitet. Alle anderen Interviews wurden vom Verfasser ins Deutsche übersetzt.
- 7 Die Erfahrung der Bewohnerin deckt sich mit wissenschaftlichen Befunden zu den Folgen von Massenquarantänen (Bozorgmehr et al. 2020, 3; Jahn/Hintermeier/Bozorgmehr 2022, 3).